



Foto: Kzenon/fotolia

Im Umgang mit einer Demenzerkrankung ist Akzeptanz ebenso wichtig wie gemeinsame Unternehmungen im Alltag.

Welt-Alzheimerstag am 21. September

Demenz – den Weg gemeinsam gehen

Bereits seit 1994 findet jeweils am 21. September der Welt-Alzheimerstag statt. Mit ihm soll auf die Situation Betroffener und ihrer Angehörigen aufmerksam gemacht werden. Das Motto in Deutschland lautet: „Demenz – den Weg gemeinsam gehen“.

Menschen, die an einer Demenz erkranken und ihre Familien stehen am Beginn eines langen und oftmals schwierigen Weges. Doch sie müssen und sollen diesen Weg nicht alleine gehen. Sie brauchen Information, Beratung und Unterstützung. Und sie brauchen Wegbegleiter: Freunde und Kollegen, die sie weiterhin besuchen, Nachbarn, die ihre Hilfe anbieten und kompetente Fachleute aus Pflege, Beratung, Medizin und Therapie. Und nicht zuletzt brauchen sie eine Gesellschaft, die sie so akzeptiert, wie sie sind. Denn gemeinsam und in gegenseitigem Respekt lässt sich der Weg leichter gehen.

Dass jede und jeder etwas dazu beitragen kann, darauf weist das Motto des diesjährigen Welt-Alzheimerstages hin: „Demenz – den Weg gemeinsam gehen“. In Deutschland organisieren zu diesem Anlass die örtlichen Alzheimer-Gesellschaften und Selbsthilfegruppen wieder eine Reihe von Veranstaltungen. Doch längst haben sich auch andere Organisationen sowie die Seniorenämter in Städten und Gemeinden angeschlossen. Mit Vorträgen, Tagungen, Gottesdiensten oder Benefizkonzerten machen sie die Öffentlichkeit auf das Thema Alzheimer aufmerksam.

Weltweit sind derzeit rund 35 Millionen Menschen von einer Demenzerkrankung betroffen, 1,4 Millionen davon leben in Deutschland.

Info

In ganz Deutschland finden zum Welt-Alzheimerstag am 21. September wieder zahlreiche Veranstaltungen statt. Eine Übersicht über die vielen Termine finden Sie im Internet unter www.welt-alzheimerstag.de.

Allgemeine Beratung und Unterstützung bietet die Deutsche Alzheimer Gesellschaft. Sie erreichen das Alzheimer-Telefon unter Tel.: 030/2 59 37 95 14.

Frauenbeitrag

Lebenslanges Trauma

Über Pflege wird in Deutschland zurzeit sehr viel diskutiert, denn die Grundlagen für eine menschenwürdige Pflege zu schaffen, ist eine der großen Zukunftsaufgaben unserer Gesellschaft. Ein Thema aus diesem Bereich ist bisher allerdings kaum an die Öffentlichkeit gelangt, obwohl es zunehmend an Bedeutung gewinnt: die besonderen pflegerischen Bedürfnisse von „Kriegskindern“.

Nach Schätzungen von Prof. Dr. Hartmut Radebold, Altersforscher und Mitbegründer der deutschen Altersforschung, sind rund 30 Prozent der Kriegsgeneration traumatisiert. Der Psychiater und Psychoanalytiker, selbst Jahrgang 1935, fordert mehr Forschung über die Erlebnisse seiner Generation während des Krieges, über die Zeit danach und über Hilfen. Denn fest steht für Radebold, dass Ärztinnen und Ärzte sowie Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten nicht ausreichend auf die Traumatisierungen der „Kriegskinder“ vorbereitet sind.

Dieser Zustand muss dringend geändert werden, denn schon heute leben in den Pflegeheimen unseres Landes viele Bewohnerinnen und Bewohner, die die Kriegszeit bewusst miterlebt haben. Die damals entstandenen Traumatisierungen brechen sich häufig erst im Alter Bahn und beeinflussen die Lebensqualität der Betroffenen drastisch. Nicht selten kommt es zu Suchtverhalten und Al-



Jutta Kühl
Landesfrauensprecherin
SoVD Schleswig-Holstein

koholismus. Auch das Verbarrikadieren in den Zimmern ist als Angstreaktion auf die erlebten und bisher verdrängten Kriegserlebnisse zu verstehen.

Für das Pflegepersonal ist es ungeheuer schwer, angemessen und hilfreich auf die sich in unterschiedlicher Form äußern den Hilfeschreie zu reagieren. Wer kann sich schon vorstellen, dass alleine durch das Hören von Schritten auf dem Flur in der Nacht bei traumatisierten Menschen Erinnerungen an die schlimmste Zeit ihres Lebens

geweckt werden können.

Deshalb muss bei der Ausbildung des Pflegepersonals, aber auch bei Ärztinnen und Ärzten sowie Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten verstärkt auf dieses Thema geachtet werden. Ein erster Schritt ist bereits getan. Unter www.bit.ly/10zG602 kann ein von der AWO Schleswig-Holstein und dem Verein Kriegskind.de entwickelter Leitfaden heruntergeladen werden. Darin werden typische Pflegesituationen und deren Auswirkungen beschrieben sowie Handlungsmöglichkeiten aufgezeigt.

Die Lehren aus der Vergangenheit sollten uns aber auch davon abhalten, die gleichen Fehler zu wiederholen. Heute stehen wieder deutsche Soldatinnen und Soldaten im Kriegseinsatz. Viele kommen traumatisiert von ihren Einsätzen zurück. Darum müssen wir Frauen im SoVD uns dafür einsetzen, dass sie sofort behandelt werden, um fatale psychische Verdrängungen des Erlebten zu verhindern.

Rechtsansprüche für Kita-Platz und Betreuungsgeld in Kraft – Streit hält an

Kita-Besuch fördert Bildung

Seit 1. August haben Familien einen Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz für ein- und zweijährige Kinder. Zeitgleich gilt seitdem das Angebot für ein Betreuungsgeld, das beantragt werden kann, wenn Kinder nicht in eine Kindertagesstätte gegeben oder von einer staatlich geförderten Tagesmutter bzw einem Tagesvater betreut werden. Die Auseinandersetzungen über die beiden Regelungen enden damit noch lange nicht. Unter anderem ringen Bund, Länder und Kommunen seit Jahren um den Kita-Ausbau – mit schleppendem Erfolg.

Der SoVD steht dem Inkrafttreten des Betreuungsgeldes ablehnend gegenüber. SoVD-Bundesfrauensprecherin Edda Schliepack kritisiert: „Frauen sollten nicht mehr vor die Alternative Beruf oder Kinder gestellt werden. Ich finde es richtig, dass in Deutschland mehr Geld in Krippen und Kindertagesstätten gesteckt wird.“

Der Kita-Besuch biete gute Bildungschancen; insbesondere Kinder mit Migrationshintergrund könnten von frühkindlicher Sprachförderung profitieren, wenn die qualitativen Rahmenbedingungen stimmten, begründet Schliepack. Deshalb dürfe ein Ausbau der Betreuungsangebote auch niemals zulasten der Betreuungsqualität gehen.

„Eine gute Betreuungsqualität erfordert gut ausgebildetes Fachpersonal. Und das gibt es nicht zum Nulltarif.“

Das Betreuungsgeld-Angebot gilt für Eltern, deren Kinder ab dem 1. August 2012 geboren wurden. Familien erhalten einen Betrag von 100 Euro pro Monat und Kind. Ab dem 1. August 2014 wird die Zahlung auf 150 Euro pro Monat aufgestockt.

Auch SoVD-Präsident Adolf Bauer warnte in entsprechenden Pressemitteilungen schon frühzeitig vor der Einführung der „Herdprämie“. Anlässlich ihrer Einführung am 1. August stellte Bauer jetzt fest: „Aktuelle Umfragen und Untersuchungen zeigen klar auf, wie sehr das Betreuungsgeld floppt. Wenn trotz umfangrei-

cher Werbemaßnahmen kaum jemand die sogenannte „Herdprämie“ will, muss die Politik daraus ihre Schlüsse ziehen.“ Bauer unterstrich dabei erneut die Notwendigkeit, finanzielle Mittel in den Ausbau öffentlicher Betreuungsangebote zu investieren. Aus Sicht des SoVD würden dadurch auch die Gruppen der Alleinerziehenden und der einkommensschwachen Familien besser unterstützt.

Der SoVD-Präsident warnte gleichzeitig nochmals vor den sozialen Langzeitfolgen des Betreuungsgeldes. „Die Mischung aus unterbrochenen und schlecht entlohnten Arbeitsverhältnissen führt geradezu in Armutsrenten. Diese Abwärtsspirale fördert das Betreuungsgeld.“

Personalien

Joachim Wittrien feiert am 20. September seinen 65. Geburtstag. Wittrien ist seit Juni 2001 Mitglied im Sozialverband Deutschland; im Juni 2006 wurde er Schatzmeister im SoVD-Landesverband Bremen. Seit der Bundesverbandstagung im November 2011 gehört Joachim Wittrien als Schriftführer dem Präsidium an.

